



LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

I/11/110 Hell

Wolfenbüttel, den 30. November 2022

Protokoll

über die 5. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Personal

Sitzungstermin:	Donnerstag, 24.11.2022
Sitzungsbeginn:	18:56 Uhr
Sitzungsende:	20:56 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Ordentliche Mitglieder

Florek, Christiane	CDU	
Ganzauer, Oliver	SPD	Vertretung für Herrn Lennie Meyn
Glier, Andreas	CDU	
Graf, Frank	SPD	
Hensel, Falk	SPD	
Kamphenkel, Marcel	SPD	
Keye, Bernfried	SPD	
Meißler, Andreas	CDU	
Müller, Karl - Heinz	CDU	
Uminski-Schmidt, Angelika	Bündnis 90 / Die Grünen	

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Otte-Kotulla, Bettina	FDP	Teilnahme erfolgte digital
-----------------------	-----	----------------------------

Landrätin

Steinbrügge, Christiana

Von der Verwaltung

Beddig, Heiko	Erster Kreisrat
Fricke, Katrin	Leiterin Ref. 01
Kamp, Axel	Leiter Amt 20

Als Gäste

Schiller, Claudius, Dr.	Geschäftsführer der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Landkreis Wolfenbüttel GmbH
-------------------------	--

Protokollführerin

Hellmich, Nadine

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Ausschussvorsitzende Florek eröffnet die 5. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Personal um 18:56 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)

Ausschussvorsitzende Florek stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)

Ausschussvorsitzende Florek stellt die Tagesordnung fest.

Änderungen liegen nicht vor. Wortmeldungen liegen nicht vor.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 4. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Personal vom 01.09.2022 (§§ 23, 5d GO)

Ausschussvorsitzende Florek stellt das Protokoll über die 4. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Personal vom 01.09.2022, das allen Ausschussmitgliedern vorliegt, zur Aussprache.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personal einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Das Protokoll über die 4. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Personal vom 01.09.2022 wird genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 5e GO)

TOP 5.1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18 GO)

Ausschussvorsitzende Florek ruft den Tagesordnungspunkt 5.1 auf und stellt fest, dass keine Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern vorliegen.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)

Ausschussvorsitzende Florek ruft den Tagesordnungspunkt 5.2 auf und bittet die anwesenden Kreistagsmitglieder um Wortmeldungen.

Es liegen keine Anfragen von Ausschussmitgliedern vor.

TOP 6 Vorstellung des Geschäftsführers der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Landkreis Wolfenbüttel GmbH

Ausschussvorsitzende Florek ruft den Tagesordnungspunkt 6 auf.

Herr Dr. Claudius Schiller stellt als Geschäftsführer der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung im Landkreis Wolfenbüttel GmbH die Gesellschaft vor und erläutert das anstehende Programm der GmbH für die kommenden Jahre. Er bietet an, die Kreistagsabgeordneten in regelmäßigen Abständen über aktuelle Projekte und Entwicklungen der Wirtschaftsförderung im Landkreis zu informieren.

TOP 7 Zuständigkeiten im Rahmen des § 34 Abs. 1 Nr. 3 Niedersächsische Laufbahnverordnung (NLVO) Vorlage: XIX-0217/2022

Ausschussvorsitzende Florek ruft den Tagesordnungspunkt 7 auf.

Erster Kreisrat Beddig führt in die Vorlage ein und erläutert die Notwendigkeit, den Praxisaufstieg nach § 34 NLVO den Beamtinnen und Beamten des Landkreises zu ermöglichen sowie das Verfahren hinsichtlich der Feststellung des dienstlichen Bedürfnisses schneller und flexibler zu gestalten.

KAbg. Uminski-Schmidt erfragt, ob zum Schutz der Landrätin eine Übertragung der Befugnisse auf den Kreisausschuss günstiger wäre. Zudem möchte sie in Erfahrung bringen, ob die Gefahr der Konkurrentenklage berücksichtigt wurde.

Ausschussvorsitzende Florek argumentiert ebenfalls, dass zum Schutz der Landrätin die Beschlussfassung über die Feststellung des dienstlichen Bedürfnisses auf ein übergeordnetes Gremium übertragen werden sollte.

Erster Kreisrat Beddig weist darauf hin, dass die Übertragung der Befugnisse auf den Kreisausschuss das Verfahren nicht beschleunigen würden, da die Sitzungstermine des Kreistages und des Kreisausschusses im direkten zeitlichen Zusammenhang stehen. Des Weiteren sieht er die Gefahr der Konkurrentenklage hierbei nicht gegeben, da rechtliche Voraussetzungen kumulativ zu erfüllen sind und zudem in jedem Fall nur ein bestimmter Fachbereich betroffen ist.

KAbg. Meißler beantragt im Namen der CDU-Fraktion, die Vorlage zu weiteren Beratungen in die Fraktionen zurückzugeben. Die CDU-Fraktion sieht vermehrten Aufklärungsbedarf, insbesondere im Hinblick auf die Einordnung der Auswirkungen auf den Gesamtkontext des Stellenplans 2023.

KAbg. Hensel begrüßt im Namen der SPD-Fraktion die Vorlage im Sinne der Schaffung von Anreizen zur Arbeitskraftbeschaffung. Ebenfalls begrüßt KAbg. Uminski-Schmidt im Namen des Bündnis 90 / Die Grünen die Vorlage.

KAbg. Kamphenkel erfragt, ob die Stellen im Haushaltsplan berücksichtigt sind.

Erster Kreisrat Beddig entgegnet hierzu, dass die Stellen bereits im Stellenplan enthalten sind und somit keine finanziellen Auswirkungen entstehen.

KAbg. Ganzauer weist auf die Verschiebung der Problematik der Stellennachbesetzung durch den Praxisaufstieg hin und möchte in Erfahrung bringen, was mit den hierdurch freiwerdenden Stellen passiert.

Erster Kreisrat Beddig antwortet hierauf, dass Quereinsteiger ohne vorherige Verwaltungsausbildung die freien Stellen im mittleren Dienst wahrnehmen können und qualifiziertes Verwaltungspersonal vermehrt gefördert wird.

Ausschussvorsitzende Florek schlägt vor, die Vorlage zur weiteren Beratung in die Fraktionen zurück zu geben.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personal nachstehenden

Beschluss:

Zur Vorlage Nr. XIX-0217/2022 wird eine Beschlussempfehlung nicht ausgesprochen. Es bleibt dem Kreisausschuss überlassen, ohne vorherige Empfehlung des Fachausschusses eine Empfehlung an den Kreistag abzugeben.

**TOP 8 Zuwendungsantrag für den Neubau Dorfgemeinschaftshaus Haverlah
Vorlage: XIX-0201/2022**

Ausschussvorsitzende Florek ruft den Tagesordnungspunkt 8 auf.

Erster Kreisrat Beddig weist auf einen Fehler in der Vorlage hin. Statt dem Haushaltsjahr 2022 sei in der Begründung das Haushaltsjahr 2023 gemeint. Die Mittel seien im Haushaltsplan für 2023 bereits eingeplant.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachstehende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personal empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Gemeinde Haverlah erhält einen Zuschuss in Höhe von 150.000 € für den Neubau des Dorfgemeinschaftshauses.

**TOP 9 Darstellung der notwendigen investiven Baumaßnahmen (Neubauten) in
den Haushaltsjahren 2023 ff. zur Deckung der Bedarfe in den Bereichen
Schule, Bevölkerungsschutz und Verwaltung
Vorlage: XIX-0205/2022**

Ausschussvorsitzende Florek ruft den Tagesordnungspunkt 9 auf.

Erster Kreisrat Beddig erläutert die Vorlage und stellt die einzelnen Maßnahmen vor.

KAbg. Kamphenkel weist hinsichtlich des geplanten Neubaus für den Zivilschutz darauf hin, dass der Kreisschirmmeister bei der Besichtigung der Feuerwehrtechnischen Zentrale (FTZ) in Schladen geäußert hätte, Großfahrzeuge im Anbau nicht unterbringen zu können. Ebenfalls hätte der damalige Kreisbrandmeister Thurau vermehrten Platzbedarf bei der FTZ geäußert. Er erfragt in diesem Zusammenhang, ob Fahrzeuge der Kreisfeuerwehr im geplanten Neubau untergebracht werden können.

Erster Kreisrat Beddig entgegnet hierzu, dass der Platz hierfür nicht ausreichend ist. Priorisiert werde im Sinne des Rettungsdienstbedarfsplanes der Platzbedarf des Rettungsdienstes. Ebenfalls sei der erweiterte Rettungsdienst aufzubauen und die hierfür vorgesehenen Fahrzeuge dort unterzubringen. Bezüglich der Unterbringung von Fahrzeugen der FTZ laufen Gespräche mit den Hauptverwaltungsbeamten (HVBs) der Gemeinden im Sinne einer gemeinschaftlichen Lösung. Außerdem erklärt er, dass der Anbau der FTZ weiterhin verfolgt wird.

KAbg. Hensel stellt heraus, dass in vorherigen Diskussionen ein Neubau auch aufgrund fehlender Kapazitäten im Hause zunächst nicht angedacht war. In diesem Zusammenhang erfragt er, wie nun der Neubau für den Zivilschutz im Hinblick auf den Fachkräftemangel und fehlender hausinterner Ingenieure durchgeführt werden kann. Außerdem weist er darauf hin, dass die Zinsdifferenz zwischen der Finanzierung durch das Deutsche Rote Kreuz (DRK) gegenüber der Finanzierung durch die Kommunen bereits zuvor bestand.

KAbg. Müller bittet um Aufnahme von weiteren Investitionskosten für angedachte Neu- und Umbauten von Fahrzeughallen in den Investitionsplan, auch wenn noch keine konkreten Projekte angestoßen wurden.

Erster Kreisrat Beddig bringt an, dass die Zinsdifferenz aufgrund der steten Erhöhung der Zinssätze im Zuge der geänderten wirtschaftlichen Lage für Darlehen am Kreditmarkt stark zunimmt. Aufgrund dessen stellt die Durchführung des Neubaus durch die Kommune die wirtschaftlichste Lösung dar. Zuletzt erwähnt Erster Kreisrat Beddig die Bereitschaft hinsichtlich der Zahlung eines Zuschusses in Bezug auf geplante Neubauten von Feuerwehrgerätehäusern in den Gemeinden. Der Landkreis befinde sich derzeit in Gesprächen mit den HVBs.

Landrätin Steinbrügge bestätigt, dass sich die HVBs derzeit in Abstimmungen mit den Feuerwehren befinden und hofft auf die Schaffung von Synergien durch Bündelung von Ressourcen.

KAbg. Otte-Kotulla erfragt hinsichtlich eines Neubaus auf dem Gelände der Straßenverkehrsabteilung, welche Einsparungen durch den Wegfall von Mieten erzielt werden können. Zudem möchte sie in Erfahrung bringen, ob die Umnutzung nahegelegener, leerstehender Flächen in Betracht gezogen wurde.

Erster Kreisrat Beddig antwortet hierauf, dass ein Vergleich der Investitionskosten zu den Jahresmieten vorgenommen wurde. Es sei zudem bisher nicht bekannt ist, dass in der Nähe demnächst leerstehende Flächen entstehen. Es müsse sodann bei Vorlage eines Angebots die Geeignetheit und Sinnhaftigkeit überprüft werden.

KAbg. Graf gibt zu bedenken, größer zu planen und die Rettungsleitstelle aus Braunschweig nach Wolfenbüttel zurück zu holen. Zudem erwähnt er, dass die Räumlichkeiten der FTZ, sowohl hinsichtlich der Geräte als auch Angebote zur Aus- und Weiterbildung, auf Dauer zu klein sind. Eine zentrale Erweiterung wäre überlegenswert. Bezüglich der Schaffung von Synergien bei der Unterbringung von Fahrzeugen in Zusammenarbeit mit den Gemeinden gibt er zu bedenken, dass hierbei Probleme bei der tatsächlichen Bereitstellung der Fahrzeuge entstehen können.

Landrätin Steinbrügge äußert die Idee, den Katastrophenschutzstab in den Neubau am Exer unterzubringen, sodass Räumlichkeiten in Schladen frei werden und anderweitig genutzt werden können.

KAbg. Kamphenkel erfragt, wie sich das weitere Vorgehen gestaltet, wenn keine Fachkräfte für die Umsetzung der geplanten Baumaßnahmen angeworben werden können. Zudem möchte er in Erfahrung bringen, wie die Verwaltung die Attraktivität der Stellen für Bewerber*innen erhöhen kann.

Erster Kreisrat Beddig entgegnet, dass bei fehlendem Personal priorisiert werden müsse, welche Maßnahmen zuerst umgesetzt werden können. Es werde zudem versucht, im Rahmen des Tarifrechts die Stellen möglichst attraktiv zu gestalten.

KAbg. Uminski-Schmidt bittet um Abstimmung der Punkte des Beschlussvorschlags im Einzelnen.

Ohne weitere Aussprache ergeht nachstehende

Beschlussempfehlung:

Der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personal empfiehlt einstimmig dem Kreisausschuss, dem Kreistag zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Kreistag nimmt von der Darstellung der notwendigen investiven Baumaßnahmen (Neubauten) in den Haushaltsjahren 2023 ff. zur Deckung der Bedarfe in den Bereichen Schule, Bevölkerungsschutz und Verwaltung Kenntnis.

Des Weiteren fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personal nachstehenden

Beschluss:

Zur Vorlage Nr. XIX-0205/2022, Punkt 2, wird eine Beschlussempfehlung nicht ausgesprochen. Es bleibt dem Kreisausschuss überlassen, ohne vorherige Empfehlung des Fachausschusses eine Empfehlung an den Kreistag abzugeben.

TOP 10 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2023 - Stellenplan für das Jahr 2023 Vorlage: XIX-0204/2022/6

Ausschussvorsitzende Florek ruft den Tagesordnungspunkt 10 auf.

Erster Kreisrat Beddig führt in die Vorlage ein und erläutert die organisatorischen Veränderungen sowie die neu geplanten Stellen im Stellenplan 2023.

KAbg. Keye erfragt, ob es eine Möglichkeit gibt, die Dezernentenstelle des Dezernates III ganztags zu besetzen.

Landrätin Steinbrügge weist darauf hin, dass in diesem Fall eine zusätzliche Dezernentenstelle geschaffen werden müsse. Die Struktur der Ämter und Abteilungen wurde im Sinne aller Dezernenten entsprechend angepasst und stelle nun eine gute Lösung dar.

KAbg. Glier gibt zu bedenken, ob der Bereich „Gesundheit“ in den Ausschuss für Soziales übertragen werden kann.

Landrätin Steinbrügge erwähnt, dass im Laufe der organisatorischen Veränderungen die Zuschnitte der Ausschüsse überdacht werden können.

Ausschussvorsitzende Florek erfragt darüber hinaus, warum zwei neue Stellen im Bereich des Waffenrechtes eingerichtet werden sollen.

Erster Kreisrat Beddig begründet diese Einrichtung dadurch, dass zum einen die Kontrollen im Außendienst, welche derzeit durch eine halbe Stelle abgedeckt werden, ausgeweitet werden sollen und zum anderen die waffenrechtliche Überprüfung vom Stadtgebiet der Stadt Wolfenbüttel durch eine Veränderung der Zuständigkeitsverordnung übernommen werden muss. Weitere Informationen werden zu gegebener Zeit bekanntgegeben.

KAbg. Kamphenkel erfragt im Zusammenhang mit der Fluktuation die derzeit laufenden Maßnahmen des Landkreises, mit welchen die Mitarbeiterbindung gestärkt wird.

Hierzu entgegnet Erster Kreisrat Beddig, dass eine Herausstellung der Vorteile des Landkreises erfolgt. Beispielsweise werde vermehrt Home-Office ermöglicht. Zusätzliche Leistungen seien jedoch aufgrund der gesetzlichen Reglementierung stark beschränkt. Hierbei sei man durch das Gesetz an die Vorgaben des Landes Niedersachsen gebunden. Zudem äußert er, dass sogenannte „soft skills“ zwar wichtig seien, jedoch der monetäre Punkt hinsichtlich der Attraktivität eines Arbeitsplatzes meist entscheidend ist.

Landrätin Steinbrügge ergänzt, dass die persönliche Situation bei einem Wechsel des Arbeitgebers nicht außer Acht gelassen werden darf. Zudem werde demnächst eine neue Dienstvereinbarung zum Home-Office abgeschlossen. Der Landkreis sei überdies außerordentlich flexibel hinsichtlich der individuellen Arbeitszeitverteilung.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personal nachstehenden

Beschluss:

Zur Vorlage Nr. XIX-0204/2022/6 wird eine Beschlussempfehlung nicht ausgesprochen. Es bleibt dem Kreisausschuss überlassen, ohne vorherige Empfehlung des Fachausschusses eine Empfehlung an den Kreistag abzugeben.

TOP 11 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2023 Vorlage: XIX-0204/2022

Ausschussvorsitzende Florek ruft den Tagesordnungspunkt 11 auf.

Erster Kreisrat Beddig stellt vorab die Problematiken des Haushaltes 2023 heraus. Sowohl unklare finanzielle Prognosen als auch technische Probleme haben die Erstellung des Haushaltes erschwert. Am 15.11.2022 wurde seitens der Landesregierung ein Nachtragshaushalt für das Jahr 2022 vorgelegt, welcher voraussichtlich in der Landtagssitzung am 30.11.2022 verabschiedet werde. Dieser Nachtrag werde erhebliche Auswirkungen auf die Kommunalfinanzen entfalten. Der Entwurf des Haushaltes 2023 werde in den kommenden Tagen überarbeitet und den Kreistagsabgeordneten zur Verfügung gestellt. Weiterhin werden künftige Entwicklungen, wie üblich, über nachfolgende Änderungslisten berücksichtigt und eingebracht.

Anschließend führt Herr Axel Kamp, Leiter des Amtes für Finanzen, in die Vorlage anhand einer Präsentation ein.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Präsentation liegt dem Protokoll als Anlage bei.

KAbg. Hensel erfragt, mit welcher Tarifsteigerung gerechnet wurde. Außerdem möchte er in Erfahrung bringen, ob in diesem Jahr noch Einzahlungen in die Kreisschulbaukasse vorgenommen werden können.

Bezugnehmend auf die Tarifsteigerung erwähnt Erster Kreisrat Beddig, dass mit einer Steigerung der Gehälter von ca. 3 % gerechnet wurde. Hier sei zu beachten, dass die Veranschlagung aller Voraus-sicht nach zu gering erfolgte. Die weiteren Entwicklungen seien abzuwarten und gegebenenfalls über einen Nachtrag nachzusteuern. Des Weiteren weist er auf die Unterfinanzierung der Kreisschulbau-kasse hin. Im Hinblick auf mögliche Einzahlungen sind grundsätzliche Absprachen mit den Gemein-den notwendig. Investive Mittel seien jedoch nicht vorhanden und zusätzliche Einzahlungen müssten über weitere Kredite abgedeckt werden. Das Dezernat IV beschäftigt sich jedoch mit der Neuaufstel-lung der Regeln und des Verfahrens hinsichtlich der Kreisschulbaukasse.

Landrätin Steinbrügge ergänzt, dass die Tarifverhandlungen Ende Januar aufgenommen werden sol-len. Verdi starte mit 10,5 % in die Verhandlungen.

KAbg. Müller prognostiziert hinsichtlich der bevorstehenden Tarifierhöhung eine Steigerung von um die 8 %.

Erster Kreisrat Beddig bemerkt, dass die Laufzeit des Tarifvertrages entscheidend sein wird. Die bis-herigen Forderungen von Verdi seien nach Entgeltgruppen gestaffelt, wobei in den unteren Entgelt-gruppen ein hoher Mindestbetrag festgelegt werde.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Personal nachstehenden

Beschluss:

Zur Vorlage Nr. XIX-0204/2022 wird eine Beschlussempfehlung nicht ausgesprochen. Es bleibt dem Kreisausschuss überlassen, ohne vorherige Empfehlung des Fachausschusses ei-ne Empfehlung an den Kreistag abzugeben.

TOP 12 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aus-sprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)

Ausschussvorsitzende Florek ruft den Tagesordnungspunkt 12 auf.

Landrätin Steinbrügge teilt mit, dass Unterrichtungen nicht erforderlich seien.

TOP 13 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner (§§ 23, 18, 5i GO)

Ausschussvorsitzende Florek ruft den Tagesordnungspunkt 13 auf.

Es liegen keine Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern vor.

Ausschussvorsitzende Florek schließt die Sitzung um 20:56 Uhr.



Vorsitzende Christiane Florek



Erster Kreisrat Heiko Beddig



Protokollführerin Nadine Hellmich